

Betreff:

Demenzversorgung stufenweise optimieren

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

26.05.2022

Beratungsfolge:

		Status
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)	08.06.2022	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	28.06.2022	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	05.07.2022	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Stufenplan zu erstellen, der die Ergebnisse des Dialogforums Demenz am 10. Oktober 2021 (Mitteilung außerhalb von Sitzungen an den Ausschuss für Soziales und Gesundheit, DS.-Nr. 21-17181) aufgreift und zunächst folgende Maßnahmen umsetzt:

1. Prüfung der Einrichtung einer Dementen-Unterbringung nach dem Vorbild der Julius Töneböen Stiftung in Hameln (Demenzdorf).
2. Einrichtung einer medizinischen Gedächtnissprechstunde inklusiv apparativer Labordiagnostik. Hierfür mögen Gespräche mit dem Städtischen Klinikum Braunschweig angestoßen und moderiert werden unter Einbeziehung der Akteure, die zur Umsetzung benötigt werden.
3. Planung von stadtteilbezogenen Dementen-Wohngemeinschaften; auf die Stadt verteilt etwa 20-25 kleine Einheiten mit maximal 10 Plätzen, unter Einbeziehung der künftigen Träger.
4. Initiierung der Einrichtung von Kurzzeit- und Tagespflegeeinrichtungen für verhaltensauffällige Menschen mit Demenz oder anderen gerontopsychiatrischen Erkrankungen mit einem hohen Pflege- und Betreuungsaufwand zur Entlastung Angehöriger. Hierbei könnte das Konzept von „INSULA“, das bereits 2011 erfolgreich erprobt wurde, zu Grunde gelegt werden.

Sachverhalt:

Die CDU-Fraktion hat sich wiederholt mit der Thematik „Demenz“ befasst und dieses für eine alternde Stadtgesellschaft existenzielle Thema in die Ratsarbeit eingebracht, unter anderem mit der Anfrage „Demenz Erkrankte in Braunschweig“ (DS.-Nr. 20-14687 sowie Antwort der Verwaltung DS.-Nr. 20-14687-01) in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 19. November 2020. Aus der Beantwortung wurde deutlich, dass die Zahl der Demenzerkrankten deutschlandweit – aber auch hier bei uns in Braunschweig – in den kommenden Jahren kontinuierlich steigen wird. Demgegenüber erreichen die Belegungsquoten in fast allen stationären Einrichtungen schon heute nahezu 100 %. Darüber hinaus wurde in einer Anfrage außerhalb von Sitzungen im April des vergangenen Jahres („Demenzgerechte alternative Lebensräume“, DS.-Nr. 21-14752) ebenfalls dieses wichtige Zukunftsthema bearbeitet.

Daraufhin hat der Ausschuss für Soziales und Gesundheit in seiner Sitzung am 17. Juni des vergangenen Jahres das Sozialreferat beauftragt, ein Dialogforum „Demenz – Herausforderungen annehmen“ zusammen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Ratsfraktionen sowie Akteurinnen und Akteuren der ambulanten und stationären

Versorgungsbereiche und Pflege durchzuführen. Das Dialogforum hat am 11. Oktober 2021 mit 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Digitalformat stattgefunden. Im vorliegenden Ergebnisbericht werden die bereits bekannten Entwicklungen noch einmal manifestiert, denn es heißt dort u.a.: „Nach Schätzungen der Deutschen Alzheimer Gesellschaft sind derzeit etwa 1,6 Mio. Menschen in Deutschland an einer Form der Demenz erkrankt. Aufgrund der demografischen Entwicklung und nicht zu erwartender Therapiedurchbrüche wird sich diese Zahl in den nächsten Jahren aller Wahrscheinlichkeit nach weiter erhöhen. Auch in Braunschweig ist von einer zukünftigen Zunahme der Anzahl Demenzerkrankter auszugehen. Momentan leben laut Hochrechnungen etwa 4.850 Menschen mit Demenz (MmD) in der Stadt. Deshalb werden viele der Angebote vor dem Hintergrund der zu erwartenden Entwicklungen ausgebaut werden müssen. Dazu bedarf es zukünftig verstärkter Anstrengungen, um eine möglichst kleinteilige, dezentrale und wohnortnahe Versorgung aller hilfs- und pflegebedürftigen Menschen – und somit auch der Demenzerkrankten – zu gewährleisten“ (vgl. 21-17181).

Als Ergebnis des Dialogforums wurden u.a. folgende Maßnahmen für die künftige Angebotslandschaft in Braunschweig genannt:

- „INSULA“ als gerontopsychiatrische Notfallversorgung für Tages- und Kurzzeitpflege zur Vermeidung stationärer Unterbringung (Punkt 4 des Beschlusstextes): Es handelt sich dabei um ein erfolgreich erprobtes Konzept für Kurzzeit- und Tageseinrichtungen, mit dem ganz klaren Ziel, Angehörigen Entlastungsmöglichkeiten anzubieten, wenn noch nicht auf eine stationäre Unterbringung zurückgegriffen werden soll.
- Ausbau ambulanter gerontopsychiatrischer Pflegedienste
- therapeutische Angebote (AZUA, Tagespflege)
- Ärztliche Demenzsprechstunden im Klinikum: sichere Diagnose, Kompetenz (Punkt 2 des Beschlusstextes): Ein schneller Zugang zu fachärztlicher Diagnostik vor Ort ist unbedingt erforderlich, um die Lebenssituation von Menschen mit Demenz und anders gearteten gerontopsychiatrischen Erkrankten, aber auch den Angehörigen zu verbessern und Entlastung zu verschaffen. Derartige Sprechstunden sind Bestandteil einer zielorientierten Diagnostik.
- Ärztliche Begleitung, Versorgungsstrukturen in den Kliniken, diagnostische Fachzentren
- Entlastung pflegender Angehöriger weiter verbessern
- Demenzdorf (analog Töneböen) als Versorgungssetting denkbar (Punkt 1 des Beschlusstextes)
- Arbeit mit Angehörigen verbessern: Angehörigen-Schulungen
- Freiwilligen-Kultur stärken
- Abbau von Stigmatisierung und inklusive Gestaltung von Angeboten für Nicht-Demente
- Quartiersnahe Unterstützungsmöglichkeiten ausbauen (Punkt 3 des Beschlusstextes): Neben den in der Stadt Braunschweig bereits bestehenden Einrichtungen werden wir bei steigenden Zahlen an erkrankten Personen weitere Einrichtungen zur stationären Unterbringung benötigen. Hierbei haben sich kleinere Einheiten in anderen Teilen Niedersachsens bewährt. Da Braunschweig bis heute keine Dementen-WGs beheimatet, sollte diese Form der Unterbringung auf die Stadt verteilt, quartiersbezogen, zusätzlich zu vorhandenen Einrichtungen ergänzt werden. Auf die Einwohnerzahl Braunschweigs bezogen wären 20 bis 25 Einheiten mit jeweils maximal 10 Plätzen wünschenswert. Das entspräche der Kapazität von insgesamt drei Pflegeheimen. Eine stufenweise Umsetzung wäre zielführend.

Mit dem oben eingebrachten Beschlussvorschlag soll die Verwaltung auf Grundlage des Dialogforums Demenz gebeten werden, einen Stufenplan zur Umsetzung zentraler Ergebnisse dieser Veranstaltung umzusetzen.

Anlagen:

keine